

Die Linken und die Krisen

Horst Kahrs

veröffentlicht in: Die Linken und die Krisen, rls papers Mai 2009, S. 21-26.
hrsg. von Institut für Gesellschaftsanalyse, Rosa-Luxemburg-Stiftung

Liebe Freundinnen und Freunde in der Rosa-Luxemburg-Stiftung, vor einiger Zeit habt ihr auch mir vier Fragen gestellt mit der Bitte, sie aus meiner Sicht für die Partei DIE LINKE zu beantworten. Mancher Aspekt der Fragen lässt eine deskriptive Antwort zu, andere richten sich mehr auf Vermutungen und Annahmen. Vor allem aber gehen die Fragen von etwas aus, was es so in Deutschland (noch?) nicht gibt: „die Krise“. Ich würde es vorziehen, von einer Ansammlung von Krisen mit jeweils vielen Gesichtern zu sprechen. So betrachtet, beginnen sich viele vormalig für halbwegs verlässlich gehaltene Rahmenbedingungen von Politik zu verändern. Nur ein Beispiel: Ging es bis September 2008 um die gerechte Verteilung von Produktivitätsfortschritten, geht es jetzt auch Jahre um die Verteilung von Sozialprodukt- und Wohlstandsverlusten. In welcher Phase „der Krise“ wir uns gerade befinden, vermag niemand zu sagen, auch nicht, ob und welche Firmen als nächste zusammenbrechen. Allein diese beiden Hinweise zeigen, dass sich das „politische Feld“ für alle Parteien, auch für DIE LINKE, dramatisch verändert hat und noch weiter verändern wird. Gelingt es, diese Veränderungen wahrzunehmen, auf eine angemessene Art und Weise Interessen zu bündeln und zu formulieren sowie politische und soziale Lernfähigkeit zu behaupten? Schneller als erwartet steht die Partei vor ihrer vielleicht entscheidenden Bewährungsprobe, ihre Krisentauglichkeit unter Beweis stellen zu müssen. Zur Krisentauglichkeit zählt nach meinem Verständnis, auf vor-schnelle Antworten, die doch nur den Zweck haben, die eigene Unsicherheit zu kaschieren, zu verzichten und die eigene Analyse ernst zu nehmen, wonach diese Krise für die weit überwiegende Zahl der heute lebenden Akteure einen einmaligen Charakter trägt, also Handlungsfähigkeit auf unbekanntem Terrain gefragt ist, hier also nicht mehr als ein „Zwischenbericht“ gegeben werden kann.

1. Wie verändert die Krise nach Sicht des Autors für den jeweiligen Akteur den Handlungsraum und die Optionen? Wie werden diese Möglichkeiten durch den Akteur reflektiert?

Wer und was ist „die Krise“? Viele sprechen von einer Finanzmarkt-Krise und Krise des Finanzmarktkapitalismus. Manche verbinden damit eine bestimmte Abteilung des gegenwärtigen Kapitalismus, manche verstehen darunter den allgemeinen Typus oder das Wesentliche des Kapitalismus der Gegenwart. Für die einen folgt daraus: „das Kasino schließen“, eine neue Weltfinanzordnung schaffen, dem Finanzmarktkapital strenge Regeln vorgeben, Bankgeschäfte auf das volkswirtschaftlich Notwendige beschränken, Kreditversorgung als öffentliches Gut organisieren. Für die anderen folgt daraus: den Kapitalismus überwinden, eine neue Wirtschaftsordnung schaffen, Schlüsselindustrien verstaatlichen bzw. unter öffentlich-demokratische Kontrolle stellen. Was für die einen die Krise des entfesselten, aus der keynesianischen Art geschlagenen Kapitalismus ist, ist für die anderen das Systemversagen des Kapitalismus selbst. Für Dritte handelte sich um eine „Jahrhundertkrise“, in der verschiedene krisenhafte Entwicklungen zusammenfallen und in der, analog zur Weltwirtschaftskrise im vergangenen Jahrhundert, der Durchbruch neuer technologischer, sozialer und gesellschaftlicher Arrangements ansteht.

Welcher Interpretation man auch zustimmen mag, gemeinsam ist das Offensichtliche: „Derzeit kann das System der Kapitalverwertung überhaupt nur durch die Unterstützung aus der Staatskasse und nur mit Zustimmung der Öffentlichkeit erhalten werden – damit ist der kurze Traum des Neoliberalismus ausgeträumt, Kapitalverwertung könne auf Kosten der Lohnarbeit und gegen Gemeinwohl und Öffentlichkeit gewährleistet werden.“¹

Was folgt daraus?

¹ Rainer Land: Roosevelt und Obama. Transformationen des Kapitalismus. Unveröffentlichtes Manuskript, Mai 2009.

Zentrale ideologische Dogmen des Neoliberalismus haben abgewirtschaftet und ihre bindende Kraft verloren, wonach es auf diesen Pfaden in eine bessere Zukunft gehe. Das schafft öffentlichen Raum für alternative Strategien und ideologische Orientierungen. Die neoliberale Hegemonie ist brüchig, aber nicht zerstört. Die Spalten und Lücken zu füllen, gelingt der Linken nicht so recht.

Der Staat ist zurück. Ohne ihn geht offensichtlich nichts mehr. DIE LINKE verliert damit ein Alleinstellungsmerkmal, auf der Achse Markt – Staat steht jetzt eine andere Partei am anderen Ende allein, sammelt unter anderem damit die verbliebenen Anhänger des Marktradikalismus, profiliert sich aber auch als Interessenvertreterin all derjenigen, die ahnen, dass die Krise teuer wird, aber mit der Rechnung nichts zu tun haben wollen.

Der „Staat“ selbst ist zum umkämpften Terrain geworden. Verteidigte DIE LINKE zuvor den Staat gegen Privatisierung und Abschmelzungs-Strategien, so steht sie nun vor der Aufgabe, zwischen den möglichen Staatsinterventionen die guten von den schlechten zu unterscheiden, die hemmungslose Ausplünderung und den gezielten Ausverkauf der öffentlichen Finanzen zu bändigen.

Die Rettung des Kapitalismus findet mit breiter „Zustimmung der Öffentlichkeit“ statt. Keine Bewegung in Sicht, die die HRE hätte in den Bankrott gehen lassen wollen, oder Opel usw. Wie sollte es auch anders sein, wenn eigenes Vermögen, Einkommen und Arbeitsplatz auf das engste mit dem Wohlergehen des Kapitalismus verbunden sind – und weit und breit keine Alternative in Sicht ist?

An dem Teil der LINKEN und Linken, die sich „antikapitalistisch“ nennt, wird das Problem zwar bereits im Namen sichtbar, aber sie haben es deshalb nicht exklusiv: Als Linker weiß man, dass es keinen krisenfreien Kapitalismus gibt, dass er periodisch zerstört, was er aufgebaut hat, das breitere Wohlstand mit ihm nicht gesichert sind. Es gibt gute Gründe, die man gegen den Kapitalismus ins Feld führen kann. Es bleibt jedoch ein „hilfloser Antikapitalismus“. Die Niederlage des einzigen leibhaftigen Antagonisten des Kapitalismus ist weder theoretisch noch politisch von der Linken und LINKEN verarbeitet. Auch an „dritten Wegen“ bestand in Zeiten des Umbruchs 1989/90 offensichtlich ja kein Bedarf. In der Krise hat die Linke keine gesellschaftliche Alternative im Angebot, mit der sie bei den Menschen werben oder dem Kapitalismus drohen könnte.

Nicht zuletzt aus diesem Grund sind die Vertreter des Kapitals heute, nicht trotz, sondern wegen der Krise, mächtiger denn je, zumindest wenn es um den Angriff auf die öffentlichen Kassen geht.

Im klassischen politischen Sinn hat DIE LINKE als Oppositionspartei neue Handlungsoptionen bisher nicht gewonnen. Die Ressourcen (Wählerinnen und Wähler, Mandate, politische Anliegen) bleiben weitgehend unverändert, teilweise werden Anliegen von politischen Konkurrenten durchgesetzt. Der Einfluss auf die Milliardentöpfe, aus denen „Rettungsgelder“ fließen, um die Auseinandersetzungen geführt werden, ist ebenfalls nicht gewachsen, im Gegenteil: Es gibt, was die staatlichen Hilfen betrifft, eher ein weniger an Demokratie. Gleichzeitig findet eine politische Rückorientierung von Gewerkschaften zur SPD statt, die angesichts der gewerkschaftlichen Notwendigkeiten, Unterstützung für die Rettung von Arbeitsplätze zu organisieren, alles andere als überraschend ist.

In der Bevölkerung, auch unter den Anhängern der LINKEN ist die Stimmungslage gespalten: Es gibt Wut und Zorn, die gegen die Verantwortlichen der Krise gerichtet sein wollen. Es gibt Erwartung und Hoffnung auf Problem angemessene konkrete Lösungen und Hilfen. Es gibt wachsende Unsicherheit in alltäglichen Verhältnissen, in denen immer weniger noch verlässlich und sicher erscheint. Schutz und Verteidigung, nicht Aufbruch und Veränderung scheinen bisher die entscheidenden Erwartungen an die Politik zu sein.

Für Linke und DIE LINKE resultieren daraus verschiedene strategische Handlungsoptionen: wahrhaft sozialdemokratische Politik für die eher „randständigen“ Segmente der Arbeiterklasse („Prekariat“, Arbeiter usw.); systemoppositionelle und –überwindende Politik gegen „die Verantwortlichen“, also die vorgefundene krisenhafte kapitalistische Produktionsweise. DIE LINKE setzt, beides verbindend, auf den Weg der Demokratisierung, sowohl in der Wirtschaft als auch in der Gesellschaft. Verbindend deshalb, weil die Frage des Ausbaus der Demokratie sowohl an den positiven Erfahrungen des „Mitbestimmungs-Kapitalismus“ der siebziger Jahre ansetzt und gegen die Dominanz der Finanzmärkte ins Feld führt, und weil sie darüber hinaus gehende Fragen der Wirtschafts- und Sozialordnung offen hält.

2. *Mit welchen Strategien reagieren linke Akteure auf die Krise (national und international)? Gibt es wesentliche Veränderungen bezogen auf strategische Bündnisse und politische Konzepte, aktuelle Kämpfe, Kampfformen, zentrale Forderungen etc.?*

Die Krise stellt linke Akteure also in eine scheinbar paradoxe Situation. Der Kapitalismus, gleich welcher Couleur, entwickelt sich durch Krisen hindurch. Krisen gehören zum Wesen der kapitalistischen Produktionsweise; er zerstört, was er aufgebaut hat, auch und gerade Produktionsmittel und soziale Institutionen, die eine bestimmte Gesellschaftsformation getragen und geprägt haben. Kapitalistische Krisen richten sich immer gegen die Existenzbedingungen der Arbeit: gegen Arbeitsplätze und sozialstaatliche Einrichtungen. Auch das gehört zur Natur kapitalistischer Krisen: Zerstörung, Infragestellung des erreichten allgemeinen (zivilisatorischen) sozialen Fortschritts, Verschärfung der Verteilungskämpfe um ein schrumpfendes, zumindest stagnierendes Sozialprodukt.

Tiefe, strukturelle Krisen spitzen diesen Widerspruch zu: Der Weg aus der Krise, dass ahnen bereits Mehrheiten, wird nur gelingen, wenn neuen Produktionsweisen (technologische Basis, soziale Arrangements) zum Durchbruch verholfen wird, also dem, was im Kapitalismus selbst bereits herangereift ist. Dazu zählen zweifellos technologisch die Energiewende, ökonomisch eine neue Weltfinanz- und -wirtschaftsordnung, neue Formen der globalen sozialen Inklusion und der „Rückkehr des Öffentlichen“, auf neue sozialstaatliche Arrangements für Produktivität und Arbeit mit neuen Formen sozialer Durchlässigkeit usw. usf. Wann, wenn nicht in der Krise des Alten, soll das Neue mit Macht sich durchsetzen; wenn in der Krise viel Geld ausgegeben wird, dann doch konzentriert auf die Dinge, mit denen die Gesellschaft dem Licht am Ende des Tunnels näher kommt und nicht für Dinge, die auf Bewahrung des Alten, damit Hinausschieben des notwendigen Neuen, hinauslaufen.

Linke Parteien, DIE LINKE, repräsentieren sowohl Werte, Grundhaltungen, prinzipielle Herangehensweisen in und gegenüber gesellschaftlichen Konflikten als auch spezifische soziale Schichten der in die Krise geratenen Gesellschaft. Sie repräsentieren bestimmte Sektoren der Arbeit, die insgesamt, aber sozial und räumlich unterschiedlich von der Krise getroffen wird, insofern haben sie segmentierte Krisenerfahrungen zu bündeln und zu gemeinsamen Anliegen zusammenzuführen. Kapitalistische Krisen sind zunächst Phasen der Verteidigung und Bewahrung dessen, was dem Kapital und der Profitlogik an sozialen Sicherheiten abgetrotzt wurde. Ob, unter welchen Bedingungen und wann daraus Phasen des Angriffs werden, ist unklar, somit deshalb nicht unmittelbar Gegenstand strategischer Überlegungen einer Partei, aber immer mitzudenken.

Zu wissen, dass es so, wie es war, nicht wieder werden wird, kann und darf, gleichzeitig aber alltäglich gefordert zu sein, so viel als möglich von dem was war und ist vor der ersatzlosen Zerstörung zu bewahren, beschreibt die Eckpunkte möglicher Strategien und Bündnisse der LINKEN.

Beide werden sich in den kommenden Monaten unter Bedingungen parlamentarischer Wahlkämpfe und Wahlen einerseits und sich entwickelnder (oder eben nicht entwickelnder) sozialer Auseinandersetzungen andererseits herausbilden. Für DIE LINKE kommt es dabei vor allem darauf an, als „Klassenpartei“, die bestimmte soziale Schichten und Interessen repräsentiert, erkennbar zu sein, und andererseits für die Gratwanderung zwischen Schutz und Verteidigung bestehender sozialer Verhältnisse und „Geburtshilfe“ für das Neue politische und soziale Bündnisse herstellen zu können, insbesondere mit Gewerkschaften und Verbänden. Dafür steht im Bundestagswahlprogramm der Begriff „Bündnis für sozialen Fortschritt“. Es lässt sich im Sinne dieser Überlegungen so fassen: ein Fortschritt, der verschiedene Interessen innerhalb der Arbeit gegeneinander ausspielt, ist kein sozialer. Ein Bündnis, dass lediglich die bestehenden Kräfteverhältnisse innerhalb der Arbeit befestigt, bringt keinen Fortschritt.

Erstens gemeinsame Perspektiven von Erwerbslosen und Erwerbstätigen formulieren und politisch eröffnen (Stichworte Mindestlohn, Erwerbstätigenversicherung), zweitens nichtfossile Energieträger, Rohstoffe systematisch und im großen Stil fördern, dabei auf Konversion statt Zerstörung bestehender Strukturen setzen (Stichworte Energiewende, sozialökologischer Umbau; kleine, „demokratische“ Einheiten gegen große wirtschaftliche Macht), drittens den Angriff auf Staatskasse, die Ausplünderung der Steuerkassen auf weitere fünfzehn Jahre abwehren und zugleich mit großem Geld in die

Zukunft investieren, die öffentliche Infrastruktur, also die gesellschaftliche (öffentliche wie private) Reproduktionsfähigkeit usw. in Ordnung bringen – auf diesen drei thematischen Feldern wird sich linke Politik, parlamentarisch wie außerparlamentarisch, in den kommenden Monaten (Jahren?) entwickeln, profilieren müssen.

Es wird dabei darauf ankommen, bestimmte Themen, die auf breiten Widerhall in der Bevölkerung treffen, weiterhin aktiv voranzutreiben: Mindestlöhne, bestimmte Formen allgemeiner Mindestsicherung, bestimmte Sektoren öffentlicher Leistungen (Gesundheit, Bildung, Energie). Die Fähigkeit, unterschiedliche soziale Interessen hierbei miteinander nachvollziehbar auszubalancieren, wird entscheidend sein. Wo dies nicht gelingt, droht die Beschneidung der sozialen Basis, die Beschränkung auf eine bestimmte soziale Schicht („Partei der Arbeitslosen“), und damit ein Verlust von notwendiger Strategie- und Bündnisfähigkeit für den sozialen Fortschritt im Lande

Das Sprechen über und das Handeln in der Krise, zumal von Linken, steht vor einem spezifischen Glaubwürdigkeitsproblem. Ja, wir haben immer wieder darauf hingewiesen, dass das neoliberale Akkumulationsmodell die Gefahr einer großen Krise in sich trägt; ja, wir haben frühzeitig Vorschläge gemacht, die damals keine andere Partei hören, geschweige denn aufnehmen wollte, die jetzt angewandt werden. Vermutlich ist auch die Annahme richtig, dass diese Krise eine Epochenkrise ist, vergleichbar mit derjenigen von, ja 1929-1945. Diese These verlangt nach einer gewissen Demut vor der Offenheit der Geschichte, wenn sie denn ernst genommen werden soll und will. Die Weltwirtschaftskrise war nur durch einen tiefgreifenden Umbau der gesellschaftlichen Institutionen zu überwinden. Tiefe Umwälzungen des politischen Systems, ja autoritäre „Lösungen“ sind nicht ausgeschlossen, global betrachtet ebenso wenig Kriege. Ob Europa noch im Zentrum der neuen Konflikte steht, ist nicht ausgemacht. Mit anderen Worten: Jede Art von Prognose (und darauf beruhender Strategiebildung), die ja immer auf eine gewisse Fortschreibung vorhandener Erfahrungen beruht, ist mit Vorsicht zu behandeln. Wie Gesellschaften reagieren, die erstmalig bestimmte Erfahrungen machen, nicht nur als geschichtliche Ereignisse erinnern, ist offen. Rechthaberei und Selbstgewissheit sind daher schlechte Begleiter einer um Glaubwürdigkeit und Vertrauen werbenden Politik. Wenn die Welt sich verändert, wird auch DIE LINKE erkennen lassen müssen, dass sie sich auf neue Bedingungen einstellen will und kann.

DIE LINKE übersetzt diese historische Offenheit, die zugleich Unsicherheit über das, was kommt, ist, in die Grundorientierung des Beteiligten: des Anspruchs, die Menschen zu beteiligen; des Grundsatzes der Demokratisierung.

3. Ermöglicht die Krise die Entwicklung und Einstiege in alternative Projekte oder Wege – welche sind das?

Nein. Zunächst: Die allermeisten Menschen hierzulande wollen weitermachen wie bisher, können es aber nicht, verändern sich notgedrungen wie die Autozulieferer, die etwas anderes für andere Branchen herstellen, aber eigentlich Autozulieferer bleiben wollen.

Dann: „Die Krise“ ist kein Subjekt der Geschichte. Verstehen wir sie als eine Chiffre für eine Vielzahl von Unsicherheiten – ökonomischer, sozialer, politischer, gesellschaftlicher, psychologischer Art -, dann besteht die Kehrseite ökonomischer Kennzahlen für eine Krise in der Möglichkeit von Brüchen, in Biografien, Sichtweisen, Erfahrungen, kollektiven zumal. Entscheidend wird sein, wie LINKE dazu beitragen, mit der Krise und Handlungsmöglichkeiten in der Krise in sozialer wie politischer Hinsicht neue kollektiv-demokratische Erfahrungen zu machen. Andernfalls ermöglicht die Krise lediglich den Weg in neue Abhängigkeiten und autoritäre Strukturen. Veränderung muss gewollt und für möglich gehalten werden, wenn sie nicht als Bedrohung missverstanden werden soll.

Mit bestimmten Sektoren und Abteilungen des Kapitals, zumal solchen, die nach neuen Investitions- und Verwertungsmöglichkeiten suchen, wird es Möglichkeiten der Zusammenarbeit geben, etwa in Fragen technologischer Innovationen (Klimawandel, Energieeffizienz), Anlagegebiete (Forschung, Alterung der Gesellschaft, Gesundheit, generell „haushaltsnahe“ moderne Dienstleistungen). Ob es sich dabei um „alternative Projekte oder Wege“ handelt oder um schlicht notwendige „Geburtshilfe“ von Politik und Staat, wird im Einzelfall schwer zu unterscheiden sein.

Ob und was Parteipolitik, also DIE LINKE zur Entwicklung „alternativer Projekte oder Wege“ beitragen kann, hängt entscheidend davon ab, ob und auf welche Weise es gelingt, einige Fragen offenzuhalten, in politische Auseinandersetzungen, Entscheidungssituationen zu übersetzen, die durch die tiefe Krise mehr denn je aufgerufen sind:

Die Bürgerinnen und Bürger ahnen, dass ihnen nach der nächsten Wahl erst eine außerordentliche Rechnung präsentiert werden wird. Sie ahnen, dass die Rettungspakete und Versprechen bezahlt werden müssen. Sie ahnen, dass die kommende Legislaturperiode geprägt sein wird von harten sozialen Verteilungskämpfen. Gelingt es, diese Fragen zu einem Thema im Wahlkampf zu machen, die Frage, wer die Zeche zahlt, wer die neuen Staatsschulden, dann werden sich entlang dieser Frage politische Konstellationen in Bewegung setzen.

Damit verbunden ist, ob und wie es gelingt, die Feuerwehr-Einsätze des Staates zur Unternehmensrettung zu politisieren. Schon gewinnen die Anhänger des Marktes wieder Rückenwind, die Marktversagen als Marktversagen behandelt wissen wollen, ohne Rücksicht auf Arbeitsplätze. Umgekehrt kann die Rettung von Arbeitsplätzen auch nicht auf jeden Fall aus öffentlichen Mitteln erfolgen, erst recht nicht, wenn am Ende festgestellt werden muss, dass die Rettung von Arbeitsplätzen nur der Vorwand war, um für viele weitere Jahre den Geld-Fluss in Richtung alten und neuen Geld“adels“ sicherzustellen. Wie sich der massenhafte Verlust von Arbeitsplätzen anfühlt, weiß DIE LINKE ebenso wie es sich anfühlt, auf Jahre marktfern „beschäftigt“ zu werden. Die Schlussfolgerung daraus war, für Ostdeutschland eine aktive Industriepolitik einzufordern, einen sozialverträglichen Ab- und Umbau. Mit ihrem Zukunftsinvestitionsprogramm hat DIE LINKE einen Vorschlag. Aber ein Programmpunkt macht noch nicht die gesellschaftliche und politische Debatte, ohne die kein Fenster für alternative Wege sich öffnen wird.

Schließlich, entscheidend für eine Alternative, welchen gesellschaftlichen Widerhall findet die Systemfrage, wie wäre sie zu stellen? Der Kern der Frage scheint mir die Frage nach dem gesellschaftlichen Nutzen der Marktzwänge zu sein. Welchen gesellschaftlichen „Mehrwert“ bringt die immer effizientere Herstellung, die steigende Produktivität, wie werden diese Produktivitätsgewinne gerecht verteilt, Fragestellungen, die wieder zurückführen zur Rettung von Arbeitsplätzen, Verteilung von Arbeitslosigkeit und Arbeit und Arbeitszeitverkürzung. Die aber auch wieder zurückführen zur Wirtschaftsdemokratie, ob und inwieweit von Seiten der Belegschaften andere als rein betriebswirtschaftliche Aspekte vertreten werden, welchen Maßstäben generell die von der LINKEN geforderten „öffentliche Kontrolle“ folgen soll.

Ob DIE LINKE mit solchen Fragestellungen politische Zuspitzungen schafft, die ihr ein eigenes Gesicht in der Krise über die Verteidigung sozialer Interessen hinaus verleihen, entscheidet über ihre Fähigkeit, andere Wege auf die politische Agenda des Landes zu setzen.

4. Welche herausragenden analytischen bzw. strategischen Artikel und Dokumente gibt es?

Wenn wir tatsächlich einen Epochenbruch erleben, in dem der „Kapitalismus, wie wir ihn kannten“ seinem Ende entgegen sieht, so sollte man selbstverständlich dieses Altwater-Buch und die dazugehörige Diskussion zur Kenntnis nehmen und weiter verfolgen. Auf weitere Autoren möchte ich nicht verweisen, sondern dafür plädieren, bestimmte Entwicklungen offen zu verfolgen und zu analysieren: die Politik und Reden von Barack Obama; die Entwicklungen in China und des chinesischemerikanischen Verhältnisses; die mit den teilweise enormen öffentlichen Mitteln in den einzelnen Ländern verfolgten wirtschafts- und industriepolitischen Strategien; die sozialen Segmentierungen und Differenzierungen und ihr Widerhall im vorpolitischen, gesellschaftlichen Raum.

Mai/Juni 2009